

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im März werden nun also schrittweise die Vorsichtsmaßnahmen der Corona-Pandemie fallen. Das gibt uns als Bürger*innen in Lichterfelde mehr von unserer normalen Lebensweise wieder zurück. Die Zeit war anstrengend und es ist noch nicht mal ganz klar, wie es im Herbst aussehen könnte. Aber dennoch kann man sich auf den Frühling und den Sommer freuen.

Im Rückblick fragen sich viele, ob das denn wirklich alles nötig war – und nicht jede Veröffentlichung dazu gibt die Fakten noch korrekt wieder. Tatsache ist, dass Berlin im nationalen und internationalen Vergleich recht glimpflich durch die Pandemie gekommen ist und dennoch sind in Berlin im Winter 2020/21 rund 3.000 COVID-Patienten verstorben. Eine Überlastung von Krankenhäusern wie in Sachsen oder Bayern gab es aber nicht. Auch die Impfquote lag in Berlin über dem Bundesdurchschnitt. Jetzt wollen wir auf einen schönen Sommer hoffen.

Aber Konsequenzen müssen schon gezogen werden: Ob Flut, Pandemie oder Stromausfall, wir müssen besser vorbereitet sein. Wir haben uns nach dem Fall der Mauer zu sehr darauf eingestellt, dass Katastrophenschutz keine große Rolle mehr spielen müsse. Aber das ist falsch. Wir brauchen Strukturen, Übungen und Reserven für Notsituationen – und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement in den Hilfsorganisationen Johanniter, DRK, ASB, Malteser und DRLG. Das eine ist eine Aufgabe für Senat und Bezirksämter, zu dem anderen könnten viele von uns selber beitragen.

Dann können wir alle beruhigter unser Leben wieder leben.

Ihr 

Martin Matz

Co-Vorsitzender SPD Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

Zeitenwende**Aufbruch in einen lebenswerten und liebenswerten Bezirk**

Auch in der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf (BVV) zeigt jetzt eine Ampel, wo es langgeht. Nach gut 50 Jahren der CDU-Führung haben sich Grüne, SPD und FDP zusammengetan. Sie bilden eine Zählgemeinschaft, wie „Koalitionen“ in den Berliner Bezirksparlamenten heißen. In der schriftlichen Vereinbarung wurden Ziele und Maßnahmen für eine in die Zukunft gerichtete Politik in unserem Bezirk festgelegt.

Die neue Zählgemeinschaft in der Bezirksverordnetenversammlung und deren Stadt*rät*innen stehen im neuen Bündnis für einen Aufbruch in eine fortschrittliche und soziale Bezirkspolitik. Steglitz-Zehlendorf soll so zu einem zukunftsorientierten und lebenswerten Bezirk fortentwickelt werden.

Dazu gehört im besonderen Maße eine neue Kultur der Bürger*innenbeteiligung, der Klimaneutralität und der Verkehrswende. Bezahlbares Wohnen, Ausbau der Schullandschaft und eine starke Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Forschung sind weitere Schwerpunkte. Dies gelingt nur, wenn alle Bürger*innen und alle demokratischen Parteien und Interessengruppen mitwirken. Die Parteien dieser „Bezirks-Ampel“ laden alle Generationen und Organisationen dazu ein.

Der 26. September 2021 war ein großer Wahltag. Es wurden gleichzeitig die Mitglieder des Deutschen Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und unserer Bezirksverordnetenversammlung gewählt. 55 Abgeordnete bilden die BVV für Steglitz-Zehlendorf.

Durch die Wahl erhielten die CDU 17, die Grünen 14, die SPD 13, die FDP 5 und die AfD und die Linke jeweils 3 Sitze.

Sehr schnell zeichnete sich ab, dass von einer Mehrheit der notwendige Neuanfang gewollt war. Die CDU verlor damit ihre langjährige politische Führung im Bezirk mit den von ihr gestellten Bürgermeistern und zuletzt der Bürgermeisterin. Die seit 15 Jahren bestehende Zählgemeinschaft von CDU und Grünen war damit Geschichte.



Nach drei Wochen Verhandlungen war klar: eine „Ampel“ wird auch in Steglitz-Zehlendorf Wirklichkeit. Die bisherige Stadträtin für Bauen, Umwelt, Bildung und Sport, Maren Schellenberg (Grüne), wurde dann im Dezember zur Bezirksbürgermeisterin gewählt.

Unsere Spitzenkandidatin und bisher so erfolgreiche Gesundheits- und Jugendstadträtin

Carolina Böhm bleibt in ihrem Amt und kann ihre gute Arbeit fortsetzen. Unser langjähriges Bezirksamtsmitglied Michael Karnetzki ist der neue Stadtrat für Stadtentwicklung.

Nur gemeinsam gibt es den Erfolg: die Bezirksverwaltung als Dienstleistende für alle Bürger*innen, die Stadträte als die dafür Verantwortlichen, die Bezirksverordnetenversammlung als vom Wähler demokratisch legitimiertes Gremium und die Bürger*innen selbst mit ihrer direkten, konstruktiven Teilhabe.

Das Bewahren und Fortentwickeln unserer Demokratie ist das Gebot der Stunde gegen die querdenkenden antidemokratischen Kräfte.

Jörg Hennerkes

Rund 18.000 Liter Blut..

fließen jährlich seit Mai 2018 im Institut für Transfusionsmedizin im Karl-Landsteiner-Haus am Hindenburgdamm und bei mobilen DRK-Blutspendeterminen aus den Venen von Freiwilligen. In der innerhalb von nur 18 Monaten(!) errichteten hochmodernen Einrichtung neben dem Benjamin-Franklin-Krankenhaus arbeiten rund 90 „DRKler“ unter Leitung von Oberärztin Britta Dimanski. Insgesamt werden pro Jahr beim DRK in Berlin zwischen 35.000 und 40.000 Blutspenden geleistet.

Der Berliner Standort ist Teil des gemeinnützigen DRK-Blutspendedienst Nord-Ost. Dieser leistet mit durchschnittlich 1750 Blutkonserven pro Tag oder 875 Liter Blut den größten Teil der Versorgung mit Blutpräparaten in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Im hellen Eingangsbereich des nach dem Nobelpreisträger und Entdecker des AB0-Systems der Blutgruppen, Karl Landsteiner, benannten Hauses werden die Besucher*innen freundlich willkommen geheißen und sicher durch die hier besonders wichtigen Hygienemaßnahmen begleitet.

Bei Blutspender*innen wird überprüft, ob sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Es wird ein kurzer Gesundheitscheck durchgeführt. Ein ärztliches Beratungsgespräch vermittelt letzte Sicherheit.



Dann geht es schon in den zentralen Spenderaum mit 18 Entnahmeplätzen. Man muss sich nicht sorgen: Die blutrote Arbeitskleidung des dortigen Teams deutet nicht auf „Vampire bei der Arbeit“ hin, sondern ist Teil der *Corporate Identity* des Deutschen Roten Kreuzes. Man kann sich also getrost zurücklegen, um den „Piks“ in die Vene zu bekommen. Nach der Spende noch einige Minuten ausruhen und dann kann man mit einem Lunchpaket das Zentrum verlassen.

Pressesprecherin Kerstin Schweiger und die Stellvertretende Leitende Schwester im Spendezentrum, Anne Lehmann, erklären, was hier genau passiert: Den „Vollblut“-Spendern



werden in jeweils ca. 5 – 10 Minuten 500ml Blut entnommen.

Die für den Transport auf 2 Grad Celsius heruntergekühlte Spende wird im zentralen Dresdner Institut zu drei Präparaten aufbereitet: Die roten Blutkörperchen (Erythrozyten) werden zu blutgruppenspezifischen Blutkonserven (ca. 300ml pro Konserve) verarbeitet, die max. 5 Wochen haltbar sind.

Zudem werden die für Blutgerinnung und Wundheilung verantwortlichen Blutplättchen (Thrombozyten) separiert – ein therapeutisch wertvolles und zugleich mit nur 5 Tagen Haltbarkeit sensibles Produkt. Und nicht zuletzt wird aus den Vollblutspenden und direkten Spenden blutgruppenunabhängiges Blutplasma gewonnen, das tiefgefroren bis zu 2 Jahre verwendbar ist.

Mit ein wenig Stolz erklärt Anne Lehmann, dass im Zentrum mit seinen modernsten Geräten nicht nur Sonderpräparate für bestimmte Patienten hergestellt, sondern auch die für Stammzelltransplantationen bei z. B. leukämiekranken Patient*innen dringend benötigten Blutstammzellen von passenden Spender*innen entnommen werden. Bei DRK-Blutspendeterminen kann man sich als Stammzellspender*in typisieren lassen. Spender und Patient werden über das zentrale deutsche Suchregister zusammengeführt.

Lieferketten – Herausforderung auch bei Blutspenden

Blutpräparate sind nur begrenzt haltbar. Planung und Logistik, immer die ausreichende Menge aller Blutgruppen bereit zu halten, sind daher eine große Herausforderung.

Für Nelson Sernow, den Leiter des Vertriebszentrums, und sein 12köpfiges Team eine Aufgabe von 24 Stunden an allen 7 Wochentagen. Der Anschlag auf dem Breitscheidplatz im Dezember 2016 habe das Team einmal an seine Grenzen geführt, weil der Bedarf für die Verletzten deutlich höher gewesen sei als die Bestände.

Aber auch im Normalbetrieb muss der Vertrieb seine ganzen Erfahrungen und Daten nutzen, um Lieferengpässe zu

vermeiden – insbesondere auch bei den weniger häufig vertretenen Blutgruppen – und mit Beständen für den Bedarf von mindestens drei Tagen die rasche und zuverlässige Lieferung sicherstellen. Die Zusammenarbeit im regionalen Verbund ist dafür im eigentlichen Sinn überlebenswichtig.

„Geschüttelt – nicht gerührt...“

ist dabei die Devise bei den Thrombozyten. Ihre Fähigkeit, dass sich die weißen Blutplättchen miteinander verbinden und so z.B. rasch eine Wunde schließen können, ist für ihre Aufbewahrung ein großer Nachteil. So werden sie in ihren Beuteln auf Rüttelplatten aufbewahrt, die über die Aufbewahrungszeit von max. 5 Tagen das Verklumpen der Präparate verhindern.

Corona und die Folgen

Zu Beginn des „Lockdowns“ standen freiwillige Blutspender*innen vor dem Zentrum Schlange. Der Anteil der „Erstspender*innen“ stieg von 9 auf 17 %. Dennoch: Die Pandemie hat auch das Blutspendeaufkommen beeinträchtigt: So kann das Blutspendemobil als wichtiges Teilinstrument nicht eingesetzt werden, weil in dem Fahrzeug die Abstandsregeln nicht einzuhalten sind. Die über viele Jahre üblichen Termine in Firmen, Schulen und Alteneinrichtungen standen aus Sicherheitsgründen nicht zur Verfügung. Eigentlich spendenfreudige Studierende konnten bei stillgelegtem Universitätsbetrieb ebenfalls nicht gewonnen werden.

Für Versorgungssicherheit wird auch weiterhin intensiv um Blutspender*innen geworben. Potenzial gibt es noch genug: Ca. 33 % der Bevölkerung erfüllen die gesetzlichen Voraussetzungen (u.a. Alter zwischen 18 und 65 Jahre), aber nur 3 % sind Blutspender*innen. Ein Anreiz: Regelmäßige Spender*innen erhalten bei drei Spenden/Jahr einen kostenlosen Gesundheits-Check, der ihnen wichtige Blutwerte zur Verfügung stellt.

Klaus Brückner

Wer Blut spenden möchte, ist am Hindenburgdamm herzlich willkommen.

Eine Terminvereinbarung ist zwingend erforderlich:

<https://terminreserierung.blutspendee-nordost.de> oder

www.spenderservice.net

oder kostenlose Hotline 0800 11 949

Jüdische Gewerbebetriebe in Lichterfelde 1933 bis 1945

Im vergangenen Jahr wurde auf vielfältige Art an 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland erinnert. In einer Zeit wie der jetzigen, in der sich antisemitische Vorfälle in erschreckendem Maße häufen, ist es geboten, die Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung während der nationalsozialistischen Herrschaft wachzuhalten.

Dieses jüdische Leben war bis zu den Pogromen um den 9. November 1938 auch ein lebendiger Bestandteil des Lebens in Lichterfelde. Viele Stolpersteine vor Häusern in unserem Kiez erinnern an diejenigen, die hier gelebt hatten. Weniger bekannt sind heute die zahlreichen Geschäfts- und Gewerbebetriebe, die von jüdischen Menschen betrieben wurden.

Den damaligen Machthabern ging es unter anderem zunächst darum, den jüdischen Bürgern die Existenzgrundlage zu nehmen. So begannen im Jahre 1933 lokale Behörden, jüdische Gewerbetreibende vom Geschäftsverkehr auszuschließen.

Auch gab es mancherorts Gewaltaktionen und Blockaden jüdischer Geschäfte durch Angehörige der NSDAP und der SA. Sie schlossen an einzelne Aktionen an, die es schon seit Mitte der 20er Jahre gegeben hatte. Zum Ende des Jahres 1937 vertrieb die NS-Regierung jüdische Gewerbetätigkeit systematisch. Im Gefolge der Pogrome im November 1938 wurde eine Reihe von Verordnungen erlassen, z. B. die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“.

Viele jüdische Gewerbetreibende versuchten, sich der Enteignung zunächst zu widersetzen, z. B. durch

Aufnahme von Nichtjuden als Gesellschafter, Übertragung auf nicht-jüdische Ehepartner, Exportorientierung zur Gewinnung von Devisen, die für das Regime wichtig waren.

Es wird geschätzt, dass es 1933 in Deutschland rund 100 000 Gewerbebetriebe mit jüdischen Inhabern gab, davon allein ca. 20 000 in Berlin. Davon waren 1939 etwa 90% liquidiert oder übertragen worden, das heißt an Nichtjuden zu Preisen verkauft, die dem realen Wert nicht entsprachen.



In der Villenkolonie Lichterfelde gab es nach einschlägigen Quellen (z. B. Handelsregister) viele Gewerbebetriebe mit jüdischen Inhabern.

An einige wenige möchten wir an dieser Stelle stellvertretend erinnern.

Am Karlplatz steht vor dem Eckhaus, in dem heute Frau Lüske ihr Café betreibt, am Eingang Ringstraße eine Stele, die an die Familie Kirschbaum erinnert. Hier befand sich das Kaufhaus Theodor Kirschbaum, gegründet 1905 und liquidiert 1939.

Im vergangenen Jahr wurde die Adler Apotheke, Drakestr.56/ Ecke Hans-Sachs-Str. geschlossen. Sie war 1926 von Hermann Meyer gegründet und 1936 „übernommen“ worden.

In der Kommandantenstr. 5A befand sich die Zefan GmbH, *Autoteile*, gegründet 1939 und noch im selben Jahr liquidiert.

Kurt Grischkat gründete seine Mützenfabrik 1936 am Hindenburgdamm 137. Wann sie liquidiert wurde, ist nicht bekannt.

Das Kaufhaus Boga betrieb Berthold Silberstein seit 1934 im Haus Moltkestr. 51/Ecke Gardeschützenweg. Ab 1925 hatte er im Haus Moltkestr. 52 das Kurzwarengeschäft Berthold Silberstein geführt.

Die Deutsche Feinschleif GmbH, gegr. 1920, liquidiert 1936 befand sich in der Thuner Str. 47

Diese – nicht vollständige – Auflistung soll uns auch hier an die Vergangenheit erinnern und damit die Voraussetzung für die Bewältigung unserer Zukunft schaffen.

Kurt Geisel

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz,
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15
12249 Berlin

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)
Internet: www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Fotos

S. 2 Redaktion
S. 3 Kaufhaus Kirschbaum –
Kirchenkreis Steglitz;
S. 5 M. Karnetzki – Uwe Steinert
C. Böhm – Fotostudio Ladan

Klimaneutral gedruckt.

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe.

Wie vom Himmel gefallen – E-Roller in Lichterfelde

Seit Herbst letzten Jahres sind sie da: Knallgrüne E-Roller (Scooter) an vielen Straßenecken im Kiez. Das ist ein neuer Anblick in Lichterfelde West. Kaum gelandet, sorgen sie schon für Diskussionen. Sind sie für den Kiez sinnvoll oder völlig überflüssig, nur lästig oder gar gefährlich?

Und warum sind sie überhaupt da? Bislang verteilten sich die bunten Gefährte (je nach Firma grün, rot, orange oder weiß) vor allem auf die Innenstadtbezirke, nur manchmal verirrte sich ein Exemplar in die Nähe des S-Bahnhofs oder der großen Straßen.



Seit Mitte des vergangenen Jahres wurden die Einzugsgebiete der Scooter auch auf Wunsch des Senats auf die Außenbezirke ausgeweitet. Grund: Man erhofft sich hier in Kombination mit den Scootern für die „letzte Meile“ eine stärkere Nutzung des ÖPNV. Auch an einer Kooperation der Verleiher mit der BVG wird gearbeitet.

Sinnvoll oder völlig überflüssig? Ob sich die Hoffnung auf die positive Rolle der kleinen Flitzer in der Verkehrswende erfüllt, wird sich zeigen. Bislang ist es noch eher die jüngere Generation, die die Scooter nutzt. Und das nicht als Ersatz für den eigenen PKW, sondern überwiegend (noch) als Spaßfahrzeug. Die Scooter haben einen entscheidenden Nachteil: Nutzer*innen brauchen zumindest eine gewisse Standfestigkeit, nur leichtes Gepäck und in Lichterfelde einen gesunden Rücken. Wer täglich zum S-Bahnhof radelt, weiß, dass die Lichterfelder Straßen kein gutes Pflaster für schmale Reifen sind.

Kann man das Fahrrad auf dem Kopfsteinpflaster noch beherrschen, klappt die Fahrt mit den kleinrädriigen Scootern in vielen kleinen Straßen eigentlich nur auf dem Gehweg.

Aber genau das ist verboten! Scooter fahren auf Radwegen oder auf der Fahrbahn. Ob sich die Flitzer in Lichterfelde West bewähren werden, bleibt insofern abzuwarten. Auch in der Innenstadt fragt man sich, ob hier nicht letztlich der ÖPNV die Konkurrenz der kleinen Flitzer eher zu spüren bekommen wird als der Autoverkehr.

Nur lästig oder doch gefährlich? Auf der Website des Landes Berlin und auf den Seiten der Anbieter findet sich folgender Hinweis: „Der Gehweg und Fußgängerzonen sind für die E-Tretroller tabu. Es wird darum gebeten, die Scooter nicht mitten auf Gehwegen oder in Einfahrten zu parken.“ Aber leider, die Praxis sieht oft anders aus.

Scooter sind ein Hindernis, teilweise sogar eine Gefahr für alle, die mit Kinderwagen oder Rollstühlen unterwegs, nicht gut zu Fuß oder sehbehindert sind. Es ist auch egal, wo in Berlin man nicht an einem quer liegenden Scooter vorbeikommt oder sich angesichts eines selbstbewussten Scooterfahrers vorsichtshalber an den Rand des Gehwegs quetscht. Unangemessene Geschwindigkeit, Rücksichtslosigkeit und Missachtung der Abstellregeln machen allen das Leben schwer. Eine lückenlose Kontrolle durch Polizei und Ordnungsamt ist illusorisch.

Berlin ist mit dem Problem aber nicht allein: Die Stadt Paris hat den Betreibern elektrischer Tretroller bereits mit dem Entzug ihrer Lizenzen gedroht. Auch New York, Barcelona und andere Großstädte haben große Probleme mit den Scootern und ihren rücksichtslosen Nutzer*innen und ziehen bereits Konsequenzen.



Kann man auf die überwiegende Vernunft der Nutzer*innen aber nicht vertrauen, wird sich auch Berlin Gedanken über die Sinnhaftigkeit der massenhaften Nutzung machen müssen.

Das ist schade angesichts eines eigentlich interessanten und, ja doch, auch spaßigen Verkehrsmittels.

Petra Hauschulz

Einige Fakten:

Allgemein:

Die Nutzung der E-Scooter regelt die „Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr“ (eKFV). Die Scooter können ohne Führerschein genutzt werden, wenn man mindestens 14 Jahre alt ist, sie müssen aber versichert sein.

Gehwege und Fußgängerzonen bleiben für die Tretroller tabu. Nur eine Person darf mit dem Roller fahren. Weitere Mitfahrer - auch Kinder - sind nicht erlaubt.

Für das Parken von E-Scootern gilt: Das Abstellen auf Gehwegen ist erlaubt, sie dürfen aber keine Eingänge von Gebäuden, Hofzufahrten oder U- und S-Bahneingänge oder Zugänge zu Telefonzellen, Briefkästen, Bushaltestellen versperren.

Sharing:

In der Regel gilt aus Haftungsgründen ein Mindestalter von 18 Jahren. Gebucht und bezahlt wird über eine App. Am Ende der Fahrt loggt man sich per Handy aus. In Berlin soll die Regel gelten, dass man ein Foto des ordnungsgemäß geparkten Scooters an den Verleiher schicken muss.

Für das vergleichsweise junge Verkehrsmittel gab es bisher wenig staatliche Regulierung. Das Abgeordnetenhaus beschloss Mitte September Regeln, um den Wildwuchs zu bremsen und Ordnung in das wachsende Durcheinander zu bringen.

Ein neuer Paragraph im Berliner Straßengesetz erklärt Sharing-Angebote künftig zur „erlaubnispflichtigen straßenrechtlichen Sondernutzung“. Damit sind alle Sharing-Angebote genehmigungspflichtig, und die Anbieter müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass die Fahrzeuge ordentlich geparkt und ggf. entfernt werden.

Zudem haben die Bezirke den Verleihern „No parking zones“ vorgegeben, in denen die Mietfahrzeuge nicht abgestellt werden dürfen – etwa an sensiblen Orten wie dem Holocaust-Mahnmal.

Das Land Berlin ist nun in der Pflicht, spezielle Parkzonen für die Scooter auszuweisen, damit das Parken auf Gehwegen (zumindest teilweise) verboten werden kann.

Für die Kontrolle, ob E-Tretroller korrekt abgestellt worden sind, sind die Ordnungsämter zuständig.

Aufbruch – mit unseren Stadträten

Jörg Hennerkes hat mit Stadträtin Carolina Böhm und Stadtrat Michael Karnetzki gesprochen

WiLi: Wir gratulieren Euch zur Fortsetzung Eurer Verantwortung als Stadträte hier in Steglitz-Zehlendorf,

Dir, Carolina, dass Du weiterhin Deine so erfolgreiche und gerade in Coronazeiten so überaus fordernde Arbeit als Stadträtin für Jugend und Gesundheit weiterführen kannst.

Dir, Michael, dass Du als langjähriges Mitglied des Bezirksamtes nun die Aufgaben als Stadtrat für Stadtentwicklung übernommen hast.

Was wird sich Eurer Meinung nach konkret ändern in der Politik durch die neue Zählgemeinschaft?



CB: Der Eindruck der ersten Wochen ist, dass die Zusammenarbeit in offener und transparenter Art geführt wird, jedenfalls unter den vier grün/roten Beteiligten im Be-

zirksamt. Wie sich dies nach außen darstellen wird, kann ich noch nicht abschätzen, dazu haben wir noch zu wenig konkrete Themen in der öffentlichen Debatte angestoßen.

MK: Ich erwarte eine viel größere Transparenz und auf Bürger*innenbeteiligung orientiertes Handeln des Bezirksamtes als bisher - innerhalb des Bezirksamtes, zwischen Bezirksamt und BVV, aber auch im Verhältnis des Bezirksamtes zu den Bürger*innen. Das kann Bezirkspolitik für alle wieder spannender machen. Unterschiedliche Interessen und Belange können dann in einem transparenten Prozess miteinander ausgehandelt werden.

WiLi: Was glaubt ihr, wird anders werden in der Zusammenarbeit im Bezirksamt und mit der BVV?

CB: Im Bezirksamt erwarte ich mehr inhaltliche Abstimmung zu größeren Themen in der Zählgemeinschaft, in Zusammenarbeit mit der BVV hoffe ich, dass wir zu einem konstruktiven Debatten austausch kommen. Das hängt ein wenig davon ab, wie die CDU und vor allem ihr Fraktionsvorsitzender sich in der neuen Rolle einfindet.

MK: Auch hier gilt: Eine größere Transparenz. Darum will ich mich jedenfalls in meinen Arbeitsfeldern intensiv

bemühen. Voraussetzung ist allerdings, dass die BVV nach der Konstituierung der Fachausschüsse mit der eigenen Sacharbeit wieder beginnt.

WiLi: Was sind Eure vorrangigen Aufgaben in diesem Jahr?

CB: Um in den kommenden Monaten mit der pandemischen Situation umzugehen, müssen im Gesundheitsamt einige Stellen nachbesetzt werden und die Kolleg*innen müssen entlastet werden, wir wissen noch nicht, was uns im nächsten Herbst erwartet.

Gleichzeitig sind wir mit dem Großprojekt der Erweiterung des St. Joseph-Krankenhauses an der Lissabonallee beschäftigt, wir verhandeln aktuell den Vertrag über das Grundstück.

Insgesamt steht das Jugendamt vor vielen Herausforderungen, denn wichtige Gesetzesreformen im SGB VIII, dem Jugendhilfegesetz, wurden verabschiedet und die Rechtsverordnung zum Jugendfördergesetz liegt momentan im Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung. All dies muss umgesetzt werden und auch das Personal im Jugendamt ist erschöpft von den Herausforderungen im Arbeitsalltag unter den Bedingungen der Pandemie.



MK: Das Allerwichtigste in diesem Jahr ist mit Sicherheit, den Bebauungsplan für das Neubaugebiet in Lichterfelde-Süd mit ca. 2.500 Wohnungen zu einem guten

Abschluss zu führen.

Damit wird im Bezirk Wohnraum für ca. 6.000 Menschen geschaffen, samt der dazu gehörenden Infrastruktur (Schule, Kitas, Nachversorgung, ÖPNV-Anbindung etc.).

Dabei werden wir auch über 500 Sozialwohnungen errichten – rd. 20mal mehr als in den letzten fünf Jahren zusammen.

Daneben führen wir die Untersuchungen fort, um auch in Steglitz-Zehlendorf Milieuschutzgebiete zu schaffen.

WiLi: Umwelt- und Klimaschutz wird ein neuer politischer Schwerpunkt und betrifft alle Ämter. Welchen Beitrag können Eure Arbeitsbereiche auf dem Weg zu einem klimagerechten Bezirk beitragen?

CB: Der Klimaschutz wird sicherlich die größte Rolle spielen in der Organisationseinheit ‚Qualität, Planung und Koordination im Gesundheitswesen‘. Dort wird übergreifend an Konzepten zur Verwirklichung von gesunden Lebenswelten gearbeitet. Sie gehen Hand in Hand mit Klimaschutzziele, Luft, Raum, Ernährung - das alles greift ineinander.

MK: Im Rahmen der Berliner Bauordnung kann auch die Bauaufsicht auf umwelt- und klimagerechtes Bauen und die Stadtplanung z.B. weiterhin auf den Schutz von Grünanlagen und Kleingartenkolonien achten.

WiLi: Was erwartet ihr vom Senat, was von der neuen Bundesregierung?

CB: Vom Senat ganz klar erst einmal eine ordentliche finanzielle Ausstattung der Bezirke. Das ist im Augenblick nicht gegeben, wir sind in ein Korsett eines Schuldenhaushaltes gezwängt worden und sind damit nicht flexibel genug, um neue Aufgabenstellungen zu übernehmen. Das ist das Gegenteil einer modernen Verwaltung.

Von der Bundesregierung erwarte ich momentan eine klarere Position zu Putins Versuchen, die friedenspolitische Ordnung Europas anzugreifen. Das ist nach meiner Meinung aktuell die größte aktuelle Bedrohung.

MK: Vom Senat wünsche ich mir, dass wir als Bezirke am zentralen Vorhaben eines Bündnisses für Wohnungsneubau beteiligt werden. Beim Auftakttreffen Ende Januar waren zumindest wir aus Steglitz-Zehlendorf nicht eingeladen. Und außer der Presseberichterstattung weiß ich gar nichts über die Dinge, die dort verhandelt wurden.

Von der Bundesregierung wünsche ich mir, dass der Mieterschutz, den Berlin mit dem Mietendeckel probiert hat, jetzt dort umgesetzt wird, da es nur dort gemacht werden kann.

Und zudem Klarstellungen im Baugesetz, die nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts das Instrument bezirklicher Vorkaufsrechte wieder nachschärft.

WiLi: Vielen Dank und viel Erfolg!

Bezirkstelegramm – Neues aus Lichterfelde und Bezirk

Kiosk

Viele Lichterfelder*innen haben sich mit ihren Unterschriften erfolgreich gegen die drohende Schließung des Kiosks am S-Bahnhof Lichterfelde West gewandt. Eine vorläufige Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis konnte erreicht werden.

Nun muss der Bahnhofsvorplatz dringend umgebaut werden. Der Platz soll für Fußgehende und Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen barrierefrei nutzbar sein.

Das von der BVV zu erarbeitende Konzept soll unter Beteiligung der Bürger*innen und Gewerbetreibenden die Interessen der Gewerbenutzung, Nahversorgung und Barrierefreiheit transparent einbinden. Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit der SPD-Fraktion eng begleiten.

Paulinenplatz

Am 19. März 2022 um 14 Uhr wird der neu gestaltete Platz an der Ecke Paulinenstr./Kadettenweg in Anwesenheit von Bezirksbürgermeisterin Schellenberg „offiziell“ eröffnet. Bezirksamt und BVV-Fraktionen sind ebenfalls eingeladen; die SPD-Fraktion als Unterstützerin der ‚Initiative Paulinenplatz‘ wird natürlich vertreten sein.

Die Nominierung der Initiative zum Deutschen Nachbarschaftspreis wird sicherlich noch einmal Erwähnung finden. Wir freuen uns auf hoffentlich viele Teilnehmer*innen aus der Lichterfelder Nachbarschaft und gemeinsam auf den bald frühlingshaft blühenden Platz.

Tiefbau in Lichterfelde

Wer in den letzten Monaten in Lichterfelde unterwegs war, stand wegen zahlreicher und immer wieder neuer Baustellen oft vor rot-weißen Sperrgittern und musste sich durch Engstellen zwingen oder über Umleitungen und befristete Einbahnstraßen neue Wege suchen. Der Grund: Die Erneuerung der Wasserversorgung im Stadtteil. Im Frühjahr, so die Hoffnung, soll das Straßennetz wieder uneingeschränkt und besser als zuvor benutzbar sein.

STEMO

Für die Erstbehandlung von Schlaganfallpatienten schon im Rettungsfahrzeug steht auch am Standort Benjamin-Franklin ein sog. STEMO-Fahrzeug bereit. Im letzten Jahr drohte das Aus. Wir konnten mithelfen, dass der Senat zunächst für 2022 die Finanzierung sicherte. Wir werden uns nun weiter für die langfristige Finanzierung einsetzen.

Prof. Dr. Rudolf Rass († 30.11.2021)

Wir trauern um unseren Genossen Rudi Rass. Sein Herz schlug immer links.

Er war seit 1962 Mitglied der SPD von 1967 bis 1981 Mitglied des Abgeordnetenhauses in herausgehobenen Funktionen und lange Zeit unser Abteilungs- und Kreisvorsitzender.

Die Wissenschaft der Physik war seine Passion und sein beruflicher Schwerpunkt. Die Physik prägte auch sein analytisches Denken in der Politik.

Er war ein Genosse, der etwas zu sagen hatte, wenn er sich zu Wort meldete. Immer sachlich und fachkundig.

Er engagierte sich auch bei der Arbeiterwohlfahrt und in der Gewerkschaft.

Wir haben Rudi Rass viel zu verdanken.

Wir werden ihn vermissen.

Für Lichterfelde West in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Annika Klesse



ist Mitglied

im Gesundheitsausschuss und in den Ausschüssen für
- Partizipation und Integration
- Eingaben und Beschwerden

Kontakt:

annika.klesse@spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Alexander Niessen



ist Mitglied

im Ausschuss für Bildung und Kultur, im Jugendhilfeausschuss und im Sportausschuss

Kontakt:

alexander.niessen@spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Was wir machen und was wir uns vorgenommen haben

Die Bewältigung der Coronapandemie wird weiterhin ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitik bleiben müssen. Ich setze mich u.a. dafür ein, dass die Gesundheitsverwaltung die notwendige Unterstützung erhält.

In den beiden anderen Ausschüssen ist es mir ein besonderes Anliegen, die Bürger*innen im Bezirk besser in Entscheidungen miteinzubeziehen. Ich möchte mit dafür sorgen, dass unser Bezirk ein lebenswerter und lebenswerter Bezirk für alle Menschen wird. Als junge Mutter setze ich mich außerdem dafür ein, dass die Perspektiven junger Familien auch bei politischen Entscheidungen mehr berücksichtigt werden.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote im Bezirk generell, vor allem aber für Kinder und Jugendliche deutlich verbessert werden. So müssen die Jugendarbeit und das Raumangebot für Jugendliche ausgebaut und besonders die Musikschule und Stadtbibliothek gestärkt werden. Unser Ziel: Jedes Kind soll Zugang zu diesen Angeboten erhalten. Im Sportausschuss liegt mein Fokus auf den öffentlichen Sportanlagen und auf der direkten Einbeziehung der Sportvereine, die so wichtige Arbeit leisten.

Zudem liegen mir Querschnittsthemen wie Antirassismus, Queerfeindlichkeit und Dekolonialisierung am Herzen.